

## Eintritt in die CDU 1970

Ostheim war damals eine SPD-Gemeinde, und die SPD erzielte bei Gemeindewahlen ca. 60 % der Stimmen. Die Opposition bestand aus einer von rechts bis ganz links zusammengesetzten Wählervereinigung, in der sich alle engagierten, die keine Sozialdemokraten waren. 1970 waren die Bemühungen des CDU-Kreisvorstandes in Ostheim, einen CDU-Ortsverband zu gründen, erfolgreich. Nachdem Heinz Thomas und Heinrich Pieh in die CDU eingetreten waren, wurden weitere fünf Mitglieder benötigt, um einen Ortsverband gründen zu können. Erst ab sieben Mitglieder war die Gründung eines Parteiortsverbandes zulässig. Eines Abends saßen dann der CDU-Kreisvorsitzende Bernhard Deneke und Heinz Thomas bei mir zu Hause und nach mehrstündiger Überzeugungsarbeit wurde ich gegen 23.30 Uhr Mitglied der CDU.

Wir überzeugten weitere Ostheimer Bürger (Reinhold Dahlheimer, Georg Brodt, Wilhelm Emmerich, Willi Fischer, Reinhard Brodt) von der Notwendigkeit der Gründung eines Ortsverbandes, als Gegenpol gegen die alles beherrschende SPD. Im Jahr 1970 gründeten wir dann den CDU-Ortsverband-Ostheim. In der Kreis-CDU rückte ich schnell in die Führungsebene auf. Nach nur einem Jahr Mitgliedschaft wurde ich auf dem Kreisparteitag Hanau-Land nach einer kämpferischen Rede 1971 zum **stellvertretenden Kreisparteivorsitzenden** gewählt.

Bei den Kommunalwahlen am 22.10.1972 errang die CDU 6 Parlamentssitze von insgesamt 18 in der Gemeindevertretung von Ostheim. Zur damaligen Zeit gab es in Hessen ein reines Listenwahlverfahren. Alle Parlamentssitze wurden nach dem prozentualen Wahlergebnis auf die Parteien aufgeteilt. Es war entscheidend, in welcher Rangfolge die Partei ihre Liste zusammenstellte. Ergab das Wahlergebnis zum Beispiel, dass der CDU 10 Sitze zustanden, so erhielten die ersten 10 Kandidaten auf der Liste einen Platz in der Gemeindevertretung. Der elfte Kandidat war dann nicht mehr gewählt. Da ich auf einem der vorderen Listenplätze stand, erhielt ich 1972 einen **Sitz im Ostheimer Parlament**.

Bei der 1972 gleichzeitig stattfindenden Wahl für den Kreistag Hanau-Land wurden Heinrich Pieh und ich als **Abgeordnete** für die CDU in den **Kreistag** gewählt. Mit uns rückten noch einige junge kämpferische CDU Personen in den Kreistag ein, der zu dieser Zeit von der SPD mit absoluter Mehrheit unter der Leitung von Landrat Martin Woythal regiert wurde. Auf Vorschlag des Kreistages wurde ich 1972 **Abgeordneter in der Regionalen Planungsversammlung Untermain**.

Dort wurde ich zum Vorsitzenden des **Ausschusses Umwelt-, Land- und Forstwirtschaft** gewählt. In dieser „Regionalen Planungsversammlung“, die für die Planung im gesamten Rhein-Main-Gebiet und seit 1980 für den gesamten Regierungsbezirk Südhessen zuständig ist, blieb ich

Abgeordneter und Ausschussvorsitzender bis 2001. Außerdem gehörte ich dem Vorstand der CDU-Fraktion in dieser Planungsversammlung an.

Die Mitarbeit in der Regionalen Planungsversammlung war hoch interessant. Da wurde über die Entwicklungschancen der Städte und Gemeinden entschieden, wie über die Genehmigung weiterer Wohnbaugebiete und Gewerbegebiete. Alle Straßenplanungen, neue Bahntrassen, sonstige Infrastrukturmaßnahmen sowie der Flughafenausbau mussten dort beraten und entschieden werden. Mein schneller Aufstieg in verschiedene Führungspositionen war nur in dieser Zeit des Umbruchs und Generationswechsels möglich.

### **Gebietsreform Hessen auf Gemeindeebene 1974**

1974 wurde in Hessen durch die von der SPD-FDP Landesregierung beschlossene Gebietsreform die Landkarte stark verändert. Mit dem Argument durch größere Verwaltungseinheiten Personal und Verwaltungskosten einzusparen, wurden Kreise und Gemeinden zusammengelegt.

Die Gemeinden wurden in den Jahren von 1970 bis 1974 von der Landesregierung aufgefordert, durch freiwillige Zusammenschlüsse einer Zwangszusammenlegung zuvorzukommen.



**Wappen Gemeinde Ostheim**

Über die Kreisgrenzen und die früheren Landesgrenzen hinweg schlossen sich die Stadt Windecken unter Bürgermeister Willi Salzmann (SPD) und die Gemeinde Heldenbergen unter Bürgermeister Bernd Reuter (SPD) am 01. Januar 1970 zur Stadt Nidderau freiwillig zusammen. Es war ein ungewöhnlicher aber interessanter Zusammenschluss, den keiner vorher für möglich gehalten hat. Der geborene Partner für Windecken wäre eigentlich die Gemeinde Ostheim gewesen. Zwischen diesen beiden Gemeinden gab es viele familiäre, vereinsmäßige und traditionelle Bindungen. Zwischen Windecken und Heldenbergen gab es dagegen große Unterschiede. Windecken gehörte zum Landkreis Hanau und war überwiegend evangelisch. Heldenbergen gehörte zum Landkreis Friedberg und war überwiegend katholisch. Hinzukam, dass die frühere Landesgrenze Preußen / Hessen zwischen den beiden Orten verlief. Die beiden Kreistage mussten dieser kreisüberschreitenden Zusammenlegung zustimmen.

Da Windecken am 5.08.1288 durch König Rudolf von Habsburg, kurz nach Frankfurt und vor Hanau die Stadtrechte verliehen bekommen hatte, gingen die Stadtrechte auf die neu geschaffene Gemeinde Nidderau über. Beide Bürgermeister einigten sich, dass Willi Salzmann Bürgermeister und Bernd Reuter 1. Stadtrat der neuen Stadt Nidderau wurden. Salzmann und Reuter erreichten in Verhandlungen mit den zuständigen Gremien von Erbstadt und Eichen, dass diese Orte am 01.01.1972 freiwillig der Stadt Nidderau beitraten. Alle Verhandlungen und Angebote an die Gemeinde Ostheim, sich

auch freiwillig der Stadt Nidderau anzuschließen, scheiterten. Sowohl der Gemeindevorstand unter Bgm. Hans Östreich wie die Gemeindevertretung unter ihrem Vorsitzenden Helmut Förter lehnten dies einstimmig ab. Ostheim, eine finanziell gesunde Gemeinde mit damals ca. 3.500 Einwohnern wollte unbedingt selbstständig bleiben. In dieser Frage waren sich alle Gemeindevertreter, gleich welcher Parteizugehörigkeit, einig.

Als der Entwurf der Landesregierung bekannt wurde, in der die Zwangseingemeindung Ostheims in die Stadt Nidderau festgelegt war, kam es zu massivem Widerstand und Demonstrationen. Es wurden geharnischte Briefe an die Landesregierung nach Wiesbaden geschrieben und eine Delegation der Gemeindevertretung wurde beim zuständigen Minister vorstellig. Aber alle Proteste und Eingaben bei der Landesregierung waren erfolglos, Ostheim wurde am 1.07.1974 in die Stadt Nidderau zwangseingemeindet. Kurz vor der Eingemeindung fuhren die Ostheimer Gemeindevertreter zu einer mehrtägigen Klausurtagung auf die Insel Reichenau/Bodensee, um von der Selbständigkeit Abschied zu nehmen. Es waren harmonische Tage und über die Parteigrenzen hinweg gelobten wir uns in einer Art „Rütli-Schwur“: In Nidderau kennen wir keine Parteien sondern nur noch die Interessen Ostheims. Der gute Vorsatz hielt nicht lange, da bald die Parteiinteressen überwogen.

Die verschiedenen Stadtteile erhielten eine postalische Nummer. Die Nummer 1 wurde Heldenbergen, Windecken 2, Erbstadt 3 und Eichen die 4. Nach der Zwangseingemeindung blieb für Ostheim nur die Nummer 5 übrig. Dies führte zu emotionaler Aufregung. Voller Zorn riefen die Ostheimer: „Wir wollen nicht das fünfte Rad am Wagen sein“. Mit der einige Jahre später erfolgten Reform der Postleitzahl in Deutschland entfielen bei allen Gemeinden und Städten die Nummerierung und damit das ständige Ärgernis der Ostheimer. Die Ausweisung großer Baugebiete und der enorme Bevölkerungszuwachs Nidderaus tragen immer mehr zu einem neuen „Wir-Gefühl“ und zum Abbau des alten Ortsteildenkens bei. Bei Abschluss der Gebietsreform am 31.12.1974 betrug die Einwohnerzahl Nidderaus 12.100, dreißig Jahre später am 30.06.2005 war Nidderau auf 20.169 Einwohner angewachsen.

Als Folge der Eingemeindung Ostheims in die Stadt Nidderau schlossen sich 1974 der bereits bestehende CDU-Stadtverband Nidderau und der Ortsverband Ostheim zum CDU-Stadtverband Nidderau zusammen.

1. Vorsitzender wurde der bisherige amtierende Stadtverbandsvorsitzende der CDU Nidderau, Albrecht Racky. Der bis zu diesem Zeitpunkt amtierende Ostheimer CDU-Vorsitzende Heinz Thomas wurde nach der Kommunalwahl 1974 Vorsitzender der Nidderauer CDU-Stadtverordneten-Fraktion.



**Neues Wappen der Stadt Nidderau**

## Gebietsreform Hessen auf Kreisebene 1974

Im Zuge der Gebietsreform wurden 1974 die Kreise Schlüchtern, Gelnhausen, Hanau-Land und die kreisfreie Stadt Hanau zum Main-Kinzig-Kreis zusammengelegt. Allerdings wurde die bisher zum Landkreis Hanau gehörende Stadt Bergen-Enkheim nun nach Frankfurt eingemeindet. Mit ca. 400.000 Einwohnern entstand so der Einwohnerstärkste Kreis Hessens. Die vier bisherigen CDU-Kreisverbände schlossen sich vor der entscheidenden Wahl zum neuen Kreistag des Main-Kinzig-Kreises zum CDU-Kreisverband Main-Kinzig zusammen. In der Vorstandswahl wurde Siegfried Sümichen aus Bruchköbel zum 1. Vorsitzenden und der bisherige Landrat vom Kreis Gelnhausen, Hans Rüger zu seinem Stellvertreter gewählt.

In den vier Kreisverbänden gab es bis zu dieser Wahl vier Vorstände mit je ca. zehn Mitgliedern, also zusammen etwa vierzig Vorstandsmitglieder. Nach dem Zusammenschluss bestand der Verband nur noch aus einem Vorstand mit zwölf Vorstandsmitgliedern. Nach einer harten Kampfabstimmung, wurde ich als **Beisitzer** in den neuen **Vorstand des CDU-Kreisverbandes Main-Kinzig** gewählt.

Die Chancen auf eine Mehrheit im Kreistag waren für die CDU in der traditionell geprägten SPD Region gering. Da bisher nur der Kreis Gelnhausen eine CDU Mehrheit hatte, während die Kreise Schlüchtern, Hanau Land und die Stadt Hanau SPD Mehrheiten hatten, rechneten sowohl die SPD/FDP Landesregierung wie auch die Sozialdemokraten im neuen Großkreis mit einer absoluten Mehrheit der SPD. Martin Woythal (SPD), Landrat im Kreis Hanau-Land sah sich schon als neuer Landrat im Main-Kinzig-Kreis und ließ ein Lied auf sich texten und komponieren, das im Wahlkampf bei SPD-Veranstaltungen gespielt wurde.

Als am Wahlabend des 27. Oktobers 1974 die Stimmen ausgezählt wurden, spielten sich im Landratsamt Hanau, in dem die Wahlergebnisse aus den Städten und Gemeinden eintrafen, dramatische Szenen ab. Das Hessische Fernsehen war aufgrund der Bedeutung des größten Kreises in Hessen anwesend und berichtete bis 22 Uhr live über das spannende und überraschende Kopf- an Kopffrennen zwischen dem Hanauer Landrat Martin Woythal (SPD) und dem Gelnhäuser Landrat Hans Rüger (CDU). Die Ergebnisse lagen so dicht zusammen, dass es bis kurz vor 22 Uhr offen war, an welche Partei der entscheidende letzte Sitz fallen würde. Gegen 22 Uhr stand dann endgültig fest, dass die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Hans Rüger die absolute Mehrheit bekommen hatte. Damit war auch die Hoffnung der SPD gescheitert, mit der FDP als Koalitionspartner zusammen zu regieren. Nach Recherchen von Meinungsforschungsinstituten war dieses Ergebnis eine Folge der Verärgerung der Wähler über die Gebietsreform und dem Verlust der Selbstständigkeit der Dörfer und Städte. Offensichtlich hatten die Wähler die SPD für die Gebietsreform verantwortlich gemacht und wollten durch ihr Wahlverhalten der SPD einen Denkkzettel verpassen.